



## >> NEWSLETTER AUS MADRID

### >> Zapatero im Umfrage- tief

Die erst jetzt vom regierungsabhängigen Meinungsforschungsinstitut CIS veröffentlichten Ergebnisse der Oktoberumfrage bestätigen den

**CIS**

Centro de  
Investigaciones  
Sociológicas

Trend, der sich in den letzten Wochen und Monaten bereits in allen Studien der privaten Umfrageinstitute abge-

zeichnet hatte: Das Vertrauen der Spanier in Regierungschef José Luis Rodríguez Zapateros schwindet zusehends und der Vorsprung der regierenden Sozialisten gegenüber der oppositionellen Volkspartei in der Sonntagsumfrage ist praktisch aufgebraucht. Zum ersten Mal seit dem Regierungswechsel im April 2004 erhält Zapatero mit 4,86 Punkten von zehn möglichen eine negative Note. Es ist zugleich das erste Mal, dass die Regierungspartei PSOE in der Sonntagsumfrage unter der 40-Prozent-Marke liegt. Nach den jüngsten Umfrageergebnissen liegt die PP mit 37,7 Prozent



nur noch zwei Punkte hinter den Sozialisten (39,7 Prozent). Da das CIS die Fehlermarge mit zwei Prozent angibt, sprach PP-Generalsekretär Ángel Acebes (Foto) von einem technischen Unentschie-

den. Diese Auffassung wird dadurch bestätigt, dass andere Umfragen vom Anfang November die Volkspartei sogar vor den Sozialisten sehen. So sieht das Meinungsforschungsinstitut Noxa der liberalen Tageszeitung „La Vanguardia“ die Volkspartei bei 42,5 Prozent und die PSOE bei 40,1 Prozent. Angesichts dieser Ergebnisse sieht sich die Volkspartei in der Wählergunst wieder auf Augenhöhe der Regierung und hat keinen Anlass, ihren derzeitigen Oppositionskurs zu ändern. Allerdings wird bei nüchterner Analyse der Umfrageergebnisse auch deutlich, dass noch viel Arbeit vor der PP liegt. Die Tatsache, dass sich die sinkenden Umfragewerte von PSOE und Regierungschef Zapatero nicht in gleichem Maß in Gewinne für die Volkspartei und ihren Vorsitzenden Mariano Rajoy übertragen, zeigt, dass es der Opposition bisher nicht gelungen ist, sich als echte Alternative zur Regierung zu präsentieren. Die CIS-Umfrage spiegelt einen Rückgang des Vertrauens der Bürger in beide große Parteien wider. Besonders spektakulär fällt dieser Verlust beim Regierungschef selbst aus. 56,6 Prozent der Befragten gaben an, „wenig“ oder „überhaupt kein“ Vertrauen in Zapa-

tero zu besitzen. In der Juliumfrage des CIS lag dieser Anteil noch bei 45,5 Prozent. Doch auch der PP-Vorsitzende Mariano Rajoy, dem 67,9 Prozent der Befragten im Juli „wenig“ oder „überhaupt kein“ Vertrauen bescheinigten, verschlechterte sich leicht und liegt jetzt bei 70,1 Prozent. Entsprechend fallen die Reaktionen der Parteien aus. Während die Volkspartei das Unentschieden in der Sonntagumfrage und den Absturz von Regierungschef Zapatero in der öffentlichen Meinung hervorhebt, weisen die Sozialisten auf den allgemeinen Vertrauensverlust in die politische Klasse des Landes hin, den sie auf das derzeit vergiftete und von harter Auseinandersetzung gekennzeichnete politische Klima zurückführen. Für diese Situation macht man auf Seiten der PSOE wiederum die Volkspartei verantwortlich. Letztendlich würde die PP für ihre auf Konfrontation und Polarisierung abzielende Fundamentalopposition zahlen müssen, prognostizierte ein PSOE-Abgeordneter. Um dies zu verhindern und den derzeit positiven Umfragetrend langfristig zu verfestigen, muss die Volkspartei so schnell wie möglich fundierte Alternativvorschläge zum Regierungsprogramm entwickeln und der Öffentlichkeit vermitteln. Genau darin liegt die Herausforderung des für Anfang März 2006 angesetzten großen Parteitags der Volkspartei, wie Parteichef Mariano Rajoy (Foto) immer wieder betont.



## >> Volkspartei bietet Regierung Pakt über Bildungspolitik an

Nach den Massenprotesten gegen das neue Bildungsgesetz LOE bot PP-Parteichef Mariano Rajoy der Regierung Zapatero nun einen Pakt in der Bildungspolitik an, der eine Generation lang Bestand haben solle. Voraussetzung dafür sei aber, dass die Regierung das Projekt in der jetzigen Form zurückziehe. Regierungsvertreter lehnten dies bereits ab. „Wir ziehen LOE nicht zurück, sind aber bereit, darüber zu verhandeln“, betonte Regierungssprecher Fernando Moraleda. Weitaus unversöhnlichere Töne schlug dagegen die Vizeministerpräsidentin María Teresa Fernández de la Vega an, die der Katholischen Kirche, welche die Massenproteste gegen das Gesetz unterstützt hatte, offen mit Kürzungen der staatlichen Zuschüsse drohte.

Unterdessen empfing Regierungschef Zapatero Vertreter der Organisationen, welche die Demonstrationen gegen das LOE veranstaltet hatten, zu einem Gespräch im Regierungssitz Moncloa. Dabei kam es zu einer überraschenden Einigung. Hatten die Kritiker vor dem Treffen noch den Rückzug des LOE sowie den Rücktritt der Bildungsministerin María Jesús San Segundo gefordert, erklärten sie sich danach bereit, der Regierung noch eine Chance zu geben, den derzeit vorliegenden



Vorschlag abzuändern, bevor man wieder zu Protesten aufrufe. Regierungschef Zapatero hatte während des Gesprächs einige wichtige Zugeständnisse gemacht. So soll die Freiheit der Eltern, die Schule für ihre Kinder auszusuchen, nicht beschnitten werden. In Bezug auf das Fach Religion blieb die Regierung jedoch hart. Religion soll demnach trotz starker Kritik von Kirchenvertretern und katholischen Elternverbänden künftig nur als Wahlfach ohne versetzungsrelevante Zensuren angeboten werden. Dafür sicherte Zapatero offenbar zu, Mindeststandards für einen landesweit einheitlichen Lehrplan zu setzen, von dem die Autonomen Regionen nur in Teilbereichen abweichen dürfen. Kritiker hatten infolge des LOE vor einer Zersplitterung der Einheit des spanischen Bildungssystems in stark unterschiedliche regionale Subsysteme gewarnt. Sollte Zapatero seine diesbezüglichen Versprechungen wahr machen, droht ihm allerdings Streit mit seinem wichtigsten parlamentarischen Partner, den katalanischen Nationalisten von der ERC. Die Kritiker des LOE, insbesondere die Volkspartei, sind daher skeptisch, ob die Regierung tatsächlich zu den angekündigten Kompromissen fähig ist.

### **>> *Industrieminister José Montilla unter Korruptionsverdacht***

Im Zusammenhang mit fragwürdigen Krediten der katalanischen

Großbank Caixa an die katalanischen Sozialisten (PSC), deren Generalsekretär José Montilla (Foto) ist, bezeichnete jetzt auch der PP-Vorsitzende Mariano Rajoy den unverzüglichen Rücktritt von Zapateros Industrieminister als demokratische Pflicht. Die Caixa hatte der PSC Schulden in Höhe von 6,5 Millionen Euro erlassen. Pikanterweise hat Caixa als Hauptaktionär des Energieunternehmens Gas Natural ein vehementes Interesse am Zustandekommen der feindlichen Übernahme des Konkurrenten Endesa. Durch diese Fusion würde in Spanien ein von der Caixa kontrolliertes Monopol im Energiesektor entstehen, warnen die Kritiker des Plans. Die Zuständigkeit für den Energiesektor liegt beim Industrieministerium. Die Entscheidung über die Zulässigkeit der Übernahme von Endesa durch die Caixa trifft damit letztendlich Montilla. Die Volkspartei prangert einen Interessenkonflikt an, der dringend aufgeklärt werden müsse. Generalsekretär Acebes sieht die Regierung durch einen ernsthaften Skandal erschüttert. Die von José María Aznar geführte PP-Regierung habe acht Jahre lang ohne einen einzigen Skandal regiert. Nach nur eineinhalb Jahren sozialistischer Regierung sei das Gespenst der Korruption wieder aufgetaucht, so Acebes weiter. Derzeit ist noch nicht absehbar, wie sich der Fall Montilla weiter entwickelt. Das Ansehen der Regierung scheint jedoch schon jetzt beschädigt.



## >> Geheime CIA-Flüge sorgen auch in Spanien für Aufsehen

Nachdem schon in anderen europäischen Ländern wie Deutschland und Italien Untersuchungen zu vermeintlichen Flügen, in deren Rahmen die CIA illegal festgenommene Terrorverdächtige in geheime Gefängnisse in Drittstaaten verbracht haben soll, angelaufen sind, hat inzwischen auch die spanische Staatsanwaltschaft Ermittlungen eingeleitet. Wie verschiedene Zeitungen übereinstimmend berichteten, soll die CIA Flughäfen auf den Balearen und auf den kanarischen Inseln zu Zwischenlandungen während der illegalen Gefangenentransporte genutzt haben.



Der spanische Außenminister Miguel Ángel Moratinos (Foto) wird voraussichtlich nächste Woche vor dem Auswärtigen Ausschuss des Parlaments erscheinen, um über die Landung der illegalen Flüge auf spanischen Flughäfen zu informieren. Auch Zapatero selbst wird im Rahmen der Kontrollsitzung im Parlament Stellung zu dem Vorfall beziehen müssen. Seine eigenen Partner von der Vereinigten Linken IU haben bereits eine diesbezügliche Anfrage angekündigt. In dieser wird der Regierung Zapatero zudem vorgeworfen, die Untersuchungen zu behindern. Verteidigungsminister José Bono hatte nach Bekanntwerden der Vorfälle erklärt, es gäbe keinerlei Beweise

für ein illegales Handeln der USA. Er sei nicht bereit, eine anti-amerikanische Haltung durch vorschnelle Anschuldigungen zu nähren, so Bono. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Zeitungen allerdings schon präzise Aufstellungen über die Flüge veröffentlicht. Die Regierung Zapatero hat ein Interesse daran, den Vorfall möglichst diskret zu behandeln, um das nach wie vor unterkühlte Verhältnis zur US-Regierung nicht weiter anzuspannen. Dies aber könnte schon an den kritischen Fragen der eigenen ökopazifistischen Partner von der Vereinigten Linken scheitern.

## >> Chinesischer Präsident Hu Jintao zu Besuch in Spanien

Im Rahmen des Staatsbesuchs unterzeichneten die spanische und chinesische Regierung einen strategischen Kooperationsvertrag, in dem sich beide Länder als privilegierte Partner anerkennen. Während des Besuchs betonten sowohl Staatspräsident Hu Jintao als auch Regierungschef Zapatero die ausgezeichneten bilateralen Beziehungen. Schon auf seiner China-reise im Sommer dieses Jahres hatte Zapatero die Erfolge der chinesischen Regierung gelobt. Die mitgereisten Wirtschaftsspitzen brachten zahlreiche Verträge und gefüllte Auftragsbücher mit nach Hause. Das Thema Menschenrechte kam dagegen kaum zur Sprache. Angesichts des aktuellen Besuchs von Hu Jintao in Spanien, der dem



gleichen Muster folgte, warf Esteban Beltran, Direktor von Amnesty International in Spanien, der Regierung vor, die Menschenrechtsfrage wirtschaftlichen Interessen unterzuordnen. Dabei kritisierte er insbesondere das bilaterale Auslieferungsabkommen sowie Zapateros Unterstützung für die Aufhebung der Waffenembargos gegen China.

## >> Iberischer Gipfel in Évora

Auf dem bilateralen Gipfel am Wochenende vereinbarten der spanische Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero und sein portugiesischer Amtskollege José Sócrates



(Foto) eine Intensivierung der Zusammenarbeit ihrer beiden Länder. Nach der eher schleppend verlaufenden Realisierung vollmundig angekündigter Großprojekte in den letzten Jahren stand insbesondere eine Revision und Standortbestimmung der bereits beschlossenen Projekte auf dem Programm, so zum Beispiel der Ausbau der Hochgeschwindigkeitsstrecken im beide Länder verbindenden Eisenbahnnetz, bei dem Portugal weit hinter den vereinbarten Plänen zurückhängt. Darüber hinaus standen Themen wie die Industrieentwicklung, Bildung und Forschung, Kultur und Umwelt sowie die illegale Einwanderung im Mittelpunkt des Gipfels. Damit soll die bilaterale Zusammenarbeit auch auf soziale Aspekte ausge-

dehnt werden. Als Grundlage dafür bekannten sich beide Regierungen zu der von den europäischen Staats- und Regierungschefs vereinbarten Lissabon-Strategie.

## >> Manuel Fraga will Senator werden

Auch nach 15 Jahren an der Spitze der galizischen Regionalregierung und dem Regierungsverlust im Juni



2005 denkt der demnächst 83-jährige Manuel Fraga (Foto) nicht ans Aufhören. Nach Berichten der Tageszeitung El País hofft das PP-Urgestein, als von der Landesregierung designierter Senator nach Madrid gesandt zu werden. Mit diesem Schritt will der noch amtierende Vorsitzende der galizischen Volkspartei nach der Wahl seines Nachfolgers Mitte Januar 2006 zugleich den Weg zu einem Generationswechsel in seinem Landesverband ebnen.

## >> Spanien und Marokko vereinbaren Hilfsprogramm für Flüchtlinge

Nach heftigen Protesten internationaler Menschenrechtsorganisationen über die Abschiebep Praxis Spaniens und Marokkos infolge der Massenanstürme auf die spanischen Exklaven Ceuta und Melilla an der nordafrikanischen Küste einigten sich Ministerpräsident Zapatero und sein marokkanischer Kollege Jettou in der andalusischen

Stadt Sevilla auf die Grundzüge eines gemeinsamen Hilfsprogramms für Flüchtlinge aus Afrika. Vorgesehen sind Hilfsmaßnahmen in Marokko sowie in den Herkunftsländern afrikanischer Flüchtlinge. Die Details des Hilfsprogramms sollen in dieser Woche ausgearbeitet um rasch umgesetzt werden, um das Flüchtlingsdrama zu beenden. Seit August waren insgesamt 14 Menschen bei dem Versuch, die massiven Grenzanlagen von Ceuta und Melilla zu überwinden, zu Tode gekommen.

## >> Spaniens Wirtschaft wächst um 3,5 Prozent



Nach Angaben des Nationalen Statistisches INE ist die spanische Wirtschaft im dritten Quartal 2005 um 3,5 Prozent gewachsen. Im Vergleich zum Vorjahresquartal ist dies eine Steigerung um 0,4 Prozent. Als Grund wird vor allem die Euro-Schwäche aufgeführt, welche die Exportwirtschaft angekurbelt hätte. Für 2005 wird erwartet, dass die Wachstumsrate in Spanien mit 2,2 Prozent über dem Durchschnitt der Eurozone liegt. Die Sparrate beträgt 22 Prozent des BIP. Wermutstropfen bleibt die relativ hohe Inflationsrate, die am Jahresende bei 3,5 Prozent erwartet wird.

### Impressum:

Konrad Adenauer Stiftung e. V.  
Außenstelle Madrid  
Inhaltlich Verantwortlich:  
Michael Däumer  
Zusammengestellt:  
Stefan Reith  
Lucia Fariña  
Ricarda Otte  
Design: Normann Kreuter  
Postanschrift:  
Paseo de la Castellana 167  
28046 Madrid, España  
Tel: (+34) 91 579 61 86  
Fax: (+34) 91 571 86 12  
Email: [kasmad@gmx.net](mailto:kasmad@gmx.net)  
Web: [www.kas.de/espana](http://www.kas.de/espana)